



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und
Integration

Protokoll

der außerordentlichen Plenumsitzung des Integrationsbeirats
am 15. November 2023 um 18.30 Uhr in der Sozialbehörde, Raum 913/914

Frau Staatsrätin Lotzkat begrüßt die Anwesenden zur dritten außerordentlichen Plenumsitzung des (Landes-)Integrationsbeirats in diesem Jahr.

Sie leitet über zu der vorliegenden Tagesordnung:

- TOP 1** Begrüßung und Abfrage zur Tagesordnung
- TOP 2** Unterstützungsangebote für Schule und Jugendhilfe in Hamburg (Schaffen von „Safe Spaces“ für Jugendliche) zur Bewältigung des Nahostkonflikts
- Landesinstitut für Schulentwicklung und Lehrerbildung (LI) – (Mara Sommerhoff)
 - Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ) (Kirsten Wacker)
- TOP 3** Austausch und Diskussion zu einer möglichen Stellungnahme
- TOP 4** Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und Abfrage zur Tagesordnung

- Frau Staatsrätin Lotzkat begrüßt die Beiratsmitglieder sowie die Gäste Frau Mara Sommerhoff und Frau Kirsten Wacker, die digital zugeschaltet sind.
- Die Anwesenden erhalten Kenntnis darüber, dass Herr Marko Knudsen, der stellvertretendes Beiratsmitglied aus Altona war, am Morgen des Sitzungstages unerwartet verstorben ist.
- Die Staatsrätin ruft zu einer Schweigeminute in Gedenken an Herrn Knudsen auf. Auf Wunsch einzelner Beiratsmitglieder schließt sich eine Schweigeminute in Gedenken an die Opfer in Israel und im Gazastreifen an.

- Da noch kein Protokoll der vorhergegangenen außerordentlichen Sitzung versendet werden konnte, fasst die Staatsrätin noch einmal die wichtigsten, von Vizepolizeipräsident Mirko Streiber erläuterten, Informationen zum Verbot von pro-palästinensischen Spontanversammlungen und die Lage in Hamburg zusammen und leitet anschließend über zum nächsten Tagesordnungspunkt.

TOP 2: Unterstützungsangebote für Schule und Jugendhilfe in Hamburg (Schaffen von „Safe Spaces“ für Jugendliche) zur Bewältigung des Nahostkonflikts

Landesinstitut für Schulentwicklung und Lehrerbildung (LI)

Frau Sommerhoff erläutert die Angebote und Unterstützungsleistungen des Landesinstituts und gibt Auskunft zur aktuellen Situation in den Hamburger Schulen:

- Das Landesinstitut habe direkt nach dem Angriff der Hamas einen Sondernewsletter für Lehrkräfte verfasst und versendet, in dem Handlungsempfehlungen zum Umgang mit dem Konflikt gegeben wurden.
- Die Lehrkräfte seien dazu aufgerufen, den Schülerinnen und Schülern Gesprächsräume zu eröffnen, um über ihre Ängste und Gefühle sprechen zu können (u.a. auch im Fachunterricht).
- Einzelne Situationen und Konflikte stellten die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler vor große Herausforderungen – insgesamt sei die Lage aber ruhig.
- Derzeit biete das LI Online-Fortbildungen zu der Thematik an, die einen hohen Zulauf hätten (zwischen 80 und 160 Teilnehmende pro Fortbildung).

Anregungen für Gespräche mit Schülerinnen und Schülern zur Lage in Israel und Fortbildungsangebote des LI sind gebündelt unter folgendem Link abrufbar:

<https://li.hamburg.de/fortbildung/themen-aufgabengebiete/demokratiepaedagogik-und-projektlernen/anregungen-gespraechelage-in-israel-692714>

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ)

Frau Wacker erläutert die Fortbildungsangebote des SPFZ:

- Der Nahostkonflikt stelle sozialpädagogischen Fachkräfte in der Arbeit mit ihren Klientinnen und Klienten vor ähnliche Herausforderungen wie die der Lehrkräfte

- Aussagen im Spannungsfeld zwischen israelbezogenem Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus würden von den sozialpädagogischen Fachkräften als herausfordernd, provokativ oder gar grenzüberschreitend wahrgenommen. Die Sozialbehörde habe es sich daher zur Aufgabe gemacht, sie durch Fachinformationen und Fortbildungen sowie durch das Eröffnen von konkreten Gesprächsräumen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.
- Es habe seit dem Beginn des Nahostkonflikts bereits vier Online-Veranstaltungen des SPFZ für Fachkräfte, die mit den Zielgruppen Jugendliche und Erwachsene arbeiten, gegeben. Eine weitere Fortbildung für Führungskräfte, die mit Konflikten in ihren Teams umgehen müssen, sei für die Folgeweche geplant.
- Hierfür würden auch externe Träger wie das Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. (IKM), die Beratungsstelle Empower oder die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Hamburg e.V. (ajs) eingebunden werden.

TOP 3: Austausch und Diskussion zu einer möglichen Stellungnahme

Die Beiratsmitglieder bitten die Staatsrätin um Zeit für einen internen Austausch. Der Bitte wird stattgegeben.

Nach abschließender Beratung geben die Beiratsmitglieder ihre Verabredung zum weiteren Vorgehen bekannt:

- Die Mitglieder des Integrationsbeirats haben sich darauf verständigt, sich der Erklärung des Migrant_innenbeirat der Stadt Freiburg: ([Stellungnahme des MigrantInnenbeirats zur Eskalation im Nahen Osten und einem friedlichen Miteinander auch in Freiburg. – MigrantInnenbeirat Freiburg \(migrantenbeirat-freiburg.de\)](#)) mit gegebenenfalls kleineren Anpassungen anzuschließen.
- Über die Stellungnahme soll dann auf der letzten Plenumsitzung in diesem Jahr am 30. November 2023 abgestimmt werden.

TOP 4: Verschiedenes

Der Top muss aus Zeitgründen entfallen.

Dorothea Stille